

Türke versucht 15-Jährige zu vergewaltigen



In Hamburg berichtet die *Morgenpost* heute von einer versuchten Vergewaltigung einer 15-Jährigen. Die Art und Weise, wie die Zeitung über den Vorfall schreibt, lässt aufhorchen und ein wenig tiefer recherchieren. Und siehe da, wir wurden fündig...

Die [Hamburger Morgenpost](#) meldet politisch korrekt:

Ein 29-jähriger Mann hat in der Nacht zum Pfingstmontag gegen 2.10 Uhr in Altona versucht, eine 15-Jährige zu vergewaltigen. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Das Mädchen war auf dem Nachhauseweg, als der Tatverdächtige sie ansprach und verfolgte. Die 15-Jährige wies den 29-Jährigen mehrfach ab und forderte ihn auf, sie nicht weiter zu belästigen.

An der Hauseingangstür folgte der Mann dem Opfer ins Treppenhaus, hielt ihr den Mund zu und versuchte, sexuelle Handlungen an ihr vorzunehmen. Die Jugendliche wehrte sich und versuchte zu schreien. Anwohner wurden darauf aufmerksam und gingen ins Treppenhaus, woraufhin der Tatverdächtige flüchtete.

Während der sofort eingeleiteten Fahndung entdeckten Polizisten den Gesuchten aufgrund der guten vorliegenden Personenbeschreibung in der Julius-Leber-Straße und nahmen ihn vorläufig fest. Der Beschuldigte wird einem Haftrichter vorgeführt.

Der [Polizeibericht](#) ergänzt, was die Medien nicht berichten dürfen:

Beamte des Polizeikommissariates 21 haben einen 29-jährigen Türken vorläufig festgenommen, dem ein versuchtes Sexualdelikt zum Nachteil einer 15-jährigen Jugendlichen zur Last gelegt wird.

Die Jugendliche war auf dem Nachhauseweg, als der Tatverdächtige sie ansprach und verfolgte. Die 15-Jährige wies den 29-Jährigen mehrfach ab und forderte ihn auf, sie nicht weiter zu belästigen.

An der Hauseingangstür folgte der Mann der 15-Jährigen ins Treppenhaus, hielt ihr den Mund zu und versuchte sexuelle Handlungen an ihr vorzunehmen.

Die Jugendliche wehrte sich und versuchte zu schreien. Anwohner wurden darauf aufmerksam und gingen ins Treppenhaus, woraufhin der Tatverdächtige flüchtete.

Während der sofort eingeleiteten Fahndung entdeckten Polizisten den Gesuchten aufgrund der guten vorliegenden Personenbeschreibung in der Julius-Leber-Straße und nahmen ihn vorläufig fest.

Kriminalbeamte des Landeskriminalamtes 42 (Sexualdelikte) haben die Ermittlungen übernommen. Der Beschuldigte wird nach Abschluss der polizeilichen Maßnahmen einem Haftrichter vorgeführt.

Es lohnt sich also immer wieder etwas tiefer hinzuschauen. Besonders wenn die (zunehmenden) Gewalttaten von „Männern“ verübt wurden, die in der Medienwelt nicht mit Namen oder Nationalität beschrieben werden.

» Wer sich für den politisch korrekten Journalismus bedanken möchte, kann dies hier tun: verlag@mopo.de

Göttinger Gespräche: Gleichberechtigung & Islam



Michael Mannheimer

und Nassim Ben Iman sind für alle „Unwissenden des Islam“ das Sprachrohr der Tatsachen. Die beiden Islamkenner treffen den Nagel auf den Kopf, wenn sie, so Zitat Necla Kelek, sagen: „Der Islam ist das größte Geschlechterapartheidssystem der Weltgeschichte“!

(Von Victoria Lucas, initiative1683.com)

Linksorientierte Gruppen, Homosexuelle, Feministinnen, alle propagieren, dass der Islam sich frei bewegen darf. Dabei begreifen sie nicht, dass gerade der Islam, wenn er die Macht hat, die Existenz solcher Gruppen nicht nur in Frage stellt, sondern kein bisschen toleriert. Die Linken in Deutschland beschützen ein religiöses System, das so gut wie gar nichts mit den Menschenrechten gemein hat. Es gibt nur wenige Ausnahmen wie Alice Schwarzer, die ihre Geschlechtsgenossen dafür scharf kritisiert. In den Frauenhäusern Deutschlands liegt der Anteil der schwerstmisshandelten Frauen aus dem islamischen Umfeld bei 50 bis 80%!

Das liegt wohl an der traurigen Einzigartigkeit des Korans,

der in den Suren den Männern laut Gebot Allahs ausdrücklich gestattet, ihre Frauen zu schlagen. Der Erziehungsauftrag der Männer bezieht sich nicht nur auf die Kinder, sondern auch auf die eigenen Frauen. Die Wertung der Geschlechter könnte nicht unterschiedlicher sein. Das wird den muslimischen Kindern, insbesondere den Jungen, bereits mit der Muttermilch eingeflößt. Nicht nur die tägliche Hausarbeit obliegt alleine den Frauen. Selbst das Gebet würde zunichte gemacht, wenn eine Frau, ein Esel oder ein Hund am Betenden vorbeiliefen, so Textpassagen aus den Hadithen! Böse Omen gäbe es in einem Haus oder in einer Frau.

Gleiches gilt für die Rechtsauffassung. Die Aussage von zwei Frauen haben so viel Wertigkeit wie die Aussage eines Mannes. Begründung Mohammeds: Der mangelnde Verstand der Frau. Das ist kein finsternes Altertum, sondern traurige Praxis in der heutigen Zeit! In Großbritannien gibt es bereits 300 scharistische Gerichte, in denen die britische Regierung ihre eigenen Rechte im Bereich bürgerliches Recht, Familienrecht abgegeben hat. In Deutschland werden Hochzeiten überwiegend vor dem Iman gehalten und nicht mehr vor den Standesämtern. In Spanien wurde von einem Iman ein Buch herausgegeben mit dem unglaublichen Titel: „Wie schlage ich meine Frau richtig“! Die Verkaufszahlen beliefen sich auf die Hunderttausende.

Michael Mannheimer:

„Wenn ich auf den Straßen Aufklärung über den Islam leiste, kommen gerade Frauen auf mich zu und beschimpfen mich über die Maßen. Was mir denn einfiel, die Frau sei im Islam hochgeachtet! Ich rate ihnen dann die Hadithe zu lesen, welche die Gebrauchsanweisung zur Misshandlung von Frauen beinhaltet. Denn warum kommen Frauen in die Hölle? Weil sie laut Hadithe den Männern gegenüber ungehorsam waren.“

Nassim Ben Iman:

„Der Westen kann das unterwürfige Verhalten der Frauen im

Islam nicht nachvollziehen. Diese Frauen sind kurz gesagt hirngewaschen. Der Islam hat einen gewaltigen Einfluss auf das Denken und Empfinden der Menschen, die mit dem Islam aufwachsen. Um als Frau zu sehen, dass sie ungerecht behandelt wird, bedarf es schon einer göttlichen Offenbarung!“

Vor 30 Jahren träumten deutsche Politiker noch davon, die Moslems gut in die westliche Gesellschaft zu integrieren. Heute sehen wir, dass im Vergleich zu früher, die Moslems ihren Glauben immer ernster nehmen. Das heißt im Klartext, sie gehen häufiger in die Moscheen und separieren sich mehr denn je von der Gesellschaft als die vorherigen Generationen. Allein das Straßenbild in Berlin zeigt sehr viele junge Frauen, die sich mit einem Hidschab „bekleiden“. Die jungen Männer hingegen sehen sehr westlich gekleidet aus.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Linken. Das südafrikanische Apartheidssystem wurde von ihnen aufs schärfste kritisiert. Das Geschlechterapartheidssystem des Islam hingegen wird geflissentlich „übersehen“.

Warum ist heute die dritte Generation der Moslems in Deutschland wesentlich radikaler in ihren religiösen Ansichten als die erste Generation? Nun, die erste Generation kam aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland, um Geld zu verdienen. Zudem hatte sie noch ihre islamische Identität. Die heutige Generation leidet unter einem Identitätsverlust, was sie radikaler sein lässt, als Ausgleich für ihre fehlende Identität. Die Angst vor der Verwestlichung wird von den gläubigen Moslems/Imame aufgegriffen, um junge Moslems unter das Joch des Islam mit allen Konsequenzen zu beugen und sie zu radikalisieren.

Den Frauen wird gesagt, dass Mohamed es gut mit ihnen meint. Denn vor Mohamed wurden Frauen lebendig begraben! Heute dürfen sie in Würde sterben!

Die traurige Wahrheit: Frauen werden des Ehebruchs angeklagt, der Mann nicht. Die Frau wird verurteilt und gesteinigt, der Mann geht frei aus. Das geschah nicht nur vor 1400 Jahren, es geschieht auch noch heute. Das trifft selbst dann zu, wenn eine Frau vergewaltigt wurde!

Heute werden moslemische Frauen von ihren eigenen Familienmitgliedern ermordet, wenn sie sich dem westlichen Lebenswandel hingeben. Sie haben keine freie Wahl. Entweder sie gehorchen dem Islam oder sie müssen sterben. In ihrer Abwesenheit wird ein Familienrat einberufen, der sie zum Tode verurteilt. Vollstrecker sind häufig der eigene Vater, Bruder, Cousin. Die Frau ist allermeist bis zu ihrer buchstäblichen „Schlachtung“ ahnungslos. Wir haben einige bekannte Fälle davon in Deutschland.

Aber leider fühlen sich weder die Linken noch die Menschenrechtsorganisationen berufen, für diese Frauen ihre Stimme zu erheben. Weltweit gibt es ca. 50.000 bis 100.000 Ehrenmorde in islamischen Ländern. Dieser Genozid wird in der westlichen Welt weder von den Medien, den Menschenrechtsorganisationen noch von der Politik öffentlich angeprangert. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen unserer Zivilisation, so Mannheimer.

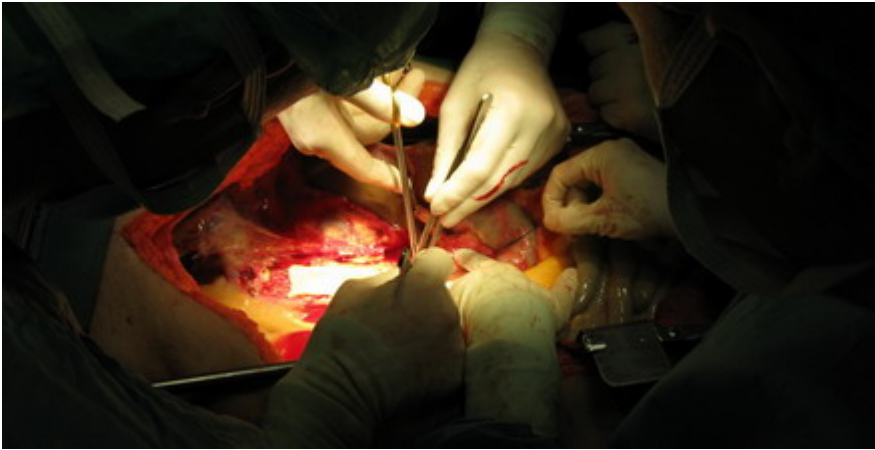
Die Zivilisation versagt ein weiteres Mal, nach dem Aufkommen des Nationalsozialismus. Nur ist ihr Versagen heute umso unentschuldbarer, angesichts der medialen Möglichkeiten der heutigen Zeit. Denn wir können nicht behaupten: „Wir haben nichts gewusst“! Die Erfahrung des Nationalsozialismus hat uns nicht gelehrt wachsamer zu sein. Im Gegenteil.

[Video: Göttinger Gespräche, Teil 3](#)

» [Göttinger Gespräche, Teil 1](#)

» [Göttinger Gespräche, Teil 2](#)

Der muslimische Organspender



Das Problem

mangelnder Organspender in Deutschland kann sich auf die Dauer nur verschärfen. Das liegt zum einen daran, dass die Bereitschaft, Organe nach dem Ableben zu spenden, bei vielen Menschen noch ein ungutes Gefühl erzeugt, da sie kein richtiges Vertrauen in das System um das Transplantationsgesetz haben.

(Von Pazifaust)

Das ist natürlich auch mangelnder Aufklärung geschuldet. Die Krankenkassen und auch die Behörden haben selten oder nie die Möglichkeit genutzt, den Briefen an ihre Mitglieder oder diesen im Rahmen der Rentenbescheinigung, Organspendeausweise beizulegen und über den Ablauf von der Meldung des Hirntodes bis zur Transplantation zu informieren. Doch dies ist nur ein kleines Problem bezüglich mangelnder Organspendebereitschaft in Deutschland.

Schon vor einigen Jahren fiel auf, dass unter den vielen Organspendern in Deutschland kein Moslem zu finden ist. Nicht ein einziger. Sollte aber doch jemals ein Moslem der Organspende zu Lebzeiten zugestimmt haben, wird dies trotzdem mit 100%iger Sicherheit nicht zur Organspende kommen. Selbst

wenn ein Organspendeausweis mit eigener Bekundung und persönlicher Unterschrift als Zustimmung vorliegt. Unklare Ansichten in den Führungspositionen der entsprechenden Gesellschaften (z.B. DSO) über die Endgültigkeit dieses Ausweises, führten dazu, dass bei Vorhandensein einer solchen Zustimmung zusätzlich die Angehörigen gefragt werden. Diese haben dann doch noch das letzte Wort, was den Organspendeausweis nahezu nutzlos macht. Es sei denn, man widerspricht in diesem Ausweis einer Organspende. Ob die Angehörigen in einem solchen Fall dennoch gefragt werden, entzieht sich meiner Kenntnis.

Angenommen ein ursprünglich islamisch erzogener Mensch, der den Koran und den Islam nicht ganz so genau nimmt, wie er es denn müsste, weil er sich in dieser westlichen und freien Welt sehr wohl fühlt, verstirbt und hat mit einem Organspendeausweis seine Bereitschaft zur Spende bekundet. Nun werden seine nächsten Angehörigen gefragt. Im Falle einer türkischen Großfamilie kann man davon ausgehen, dass eine ganze Sippe beim Gespräch anwesend sein wird, bzw. die Entscheidungsträger (die Alten) der Großfamilie die endgültige Entscheidung treffen werden. Ganz sicher wird die Frage gestellt, wer denn der Empfänger dieser Organe sein wird. Natürlich wird darauf wahrheitsgemäß geantwortet werden: "Jemand auf der Warteliste im Länderbereich von Eurotransplant*, der/die dieses Organ zur Zeit am dringendsten benötigt!" Wer etwas am dringendsten benötigt, erkennt man am Listenplatz auf der Warteliste, der sich, je nach Organ und Gesundheitszustand des Empfängers, verändern kann.

„Also ist es nicht sicher, dass ein Moslem diese Organe bekommt?“

„Nein, dafür kann nicht garantiert werden. Der Spender wird vom Empfänger nichts erfahren, es wird kein Unterschied in den Religionen oder Ethnien gemacht.“

„Dann lehnen wir eine Organspende ab. Nur, wenn sichergestellt

werden kann, dass ein Moslem diese Spende erhält, wären wir bereit zu einer Zustimmung!“

Da es diesen Unterschied laut Transplantationsgesetz nicht geben darf, wird diese Organspende nicht durchgeführt. So kommt ein gravierendes Ungleichgewicht zustande. Denn auf der Warteliste sind Moslems genau so häufig vertreten wie in der Bevölkerung. Sie schrecken auch nicht davor zurück, Organe von Atheisten, Christen, Juden oder anderen Nicht-Moslems für sich anzunehmen, danach wird auch nicht gefragt.

Empfänger? Ja, bitte.

Spender? Niemals!

Diese Situation muss und wird sich in den nächsten Jahrzehnten massiv verschärfen. Die moslemische Bevölkerung nimmt immer mehr zu, dementsprechend wird auch deren Anteil auf der Warteliste weiter ansteigen. Gleichzeitig verkleinert sich das Kollektiv der Organspender – wenn nicht das Transplantationsgesetz konsequent die Trennung zwischen Moslems und Nicht-Moslems einführt. Natürlich will das niemand, aber es wäre eine logische Konsequenz, um auch Moslems für die Organspende gewinnen zu können.

Es ist ein schönes Beispiel an dem man sieht, dass nicht wir, die Europäer, sondern die Moslems diejenigen sind, die sich abgrenzen und sich für etwas „besseres“ halten. Und dafür müssen sie kein Fundamentalist, Terrorist oder Salafist sein. Einfach nur Moslem. Sie nehmen gern, doch geben – nur für Moslems. Das ist keine Integration, das ist menschenverachtender Egoismus. Würden die Deutschen genauso denken, gäbe es gar keine Organspender, denn es kann natürlich nicht dafür garantiert werden, dass diese Christliche Leber auch einem Christen implantiert wird.

Der Islam gehört nicht zu Deutschland.

Kirchentagsrede: Offener Brief an Christian Wulff



Sehr geehrter Herr

Bundespräsident, mit großem Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass Sie sich [mehr Ehen zwischen Christen und Muslimen](#) wünschen. Ich halte es für ein sehr löbliches Unterfangen, dass Sie als Bundespräsident sich auch um die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen kümmern wollen und um so anerkannter ist es, wenn Sie dieses Ziel mit recht ungewöhnlichen Methoden verfolgen.

(Von Monika Kaufmann)

Das spricht für Ihre Flexibilität und Kreativität. Aber müssen Sie sich unbedingt um die Arbeitsplätze einer Berufssparte sorgen, die seit der Islam eine immer größere Rolle in Europa spielt, wirklich mehr als ausgelastet ist? Ich spreche von unseren Sicherheitskräften, Polizei, Geheimdienste etc., deren Beschäftigung Ihnen sehr am Herzen zu liegen scheint. Sie sollten aber auch bedenken, dass diese Art der Arbeitsbeschaffung sich auch sehr zum Nachteil der betroffenen christlichen Ehepartner auswirken kann.

Nehmen wir z.B. den Fall des in Berlin wohnhaften Terroristen

Reda Seyam und seiner ehemals christlichen Ex-Frau. Sie lebt nach der Scheidung mit einer neuen Identität irgendwo in der Bundesrepublik und genießt die Errungenschaften des deutschen Zeugenschutzprogramms, was ihr allerdings auch zum Nachteil gereicht, denn wenn sie sich um eine Arbeitsstelle bewirbt, muss sie dem potentiellen Arbeitgeber gewisse Lücken im Lebenslauf erklären, was sich als nicht gerade positiv auf ihre Jobsuche erweist, und sie wurde demzufolge zum Sozialfall, was sich wiederum zu Lasten der Allgemeinheit auswirkt. Reda Seyam selbst konnte durch die Heirat mit einer deutschen Frau die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben und lebt heute mit seiner zweiten Frau, die aus dem islamischen Kulturkreis stammt und vollverschleiert herumläuft, und sechs Kindern in Berlin-Charlottenburg. Er und seine Familie beziehen selbstverständlich Sozialhilfe, da er als Sicherheitsrisiko keine Arbeit mehr als Kameramann findet und als deutscher Staatsbürger nicht einfach abgeschoben werden kann, obwohl ihm Beteiligung an dem Attentat in Bali 2002 zur Last gelegt wird. Das geht auch wieder zu Lasten der Allgemeinheit. Er hat im übrigen durchgesetzt, dass er seinen jüngsten Sohn Jihad nennen darf, der Name ein Programm.

Leider ist Ihnen nicht bewusst, dass sich Mischehen zwischen Muslimen und Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften immer nachteilig für die Nicht-Muslime auswirken. Diese Ehen erweisen sich als Einbahnstraßen, denn einer muslimischen Frau ist es grundsätzlich verboten, einen Nicht-Muslim zu heiraten, der männliche Partner muss also konvertieren und was deutsche Konvertiten zum Islam so anrichten, sollte Ihnen spätestens seit dem Fall der Sauerlandterroristen bekannt sein. Umgekehrt darf ein Muslim sehr wohl eine Nicht-Muslima heiraten, was der Muslim gern zum Machtausbau des Islams nützt. Ohne seine erste deutsche Frau hätte Reda Seyam die deutsche Staatsbürgerschaft wohl kaum bekommen. Die katholischen Bischöfe haben ausdrücklich vor [Eheschließungen von Katholikinnen mit Muslimen gewarnt](#), sie sind da wohl etwas weitblickender.

Es sei Ihnen noch ein anderes Beispiel vor Augen geführt. Tariq Ramadan, der Enkel des Begründers der ägyptischen terroristischen Muslimbruderschaft, Hasan al Banna, erhielt, da er in Genf geboren wurde, automatisch die Schweizer Staatsbürgerschaft. „Frère Tariq“ betrachtet insbesondere den französischsprachigen Raum Europas als sein Wirkungsfeld. Die Franzosen haben ihm aus Sicherheitsgründen auch schon mal die Einreise verweigert. Da er allerdings mit einer Französin verheiratet ist, bestünde für ihn durchaus die Möglichkeit, auch die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die Geschichte lehrt uns, dass Heiraten auch Machtpolitik sein kann. Den Namen Tariq erhielt er übrigens aus einem ganz besonderen Grund von seinem Vater Said Ramadan. Er ist als jüngstes Kind, der einzige Sohn, der auf europäischem Boden zur Welt kam, also benannte sein Vater ihn sehr geschichtsbewusst nach Tariq, einem der Besatzer Spaniens. Wieder der Name ein Programm.

Es gibt noch unzählige Beispiele für andere Nachteile, die aus derartigen Ehen erwachsen können. Ich lasse es bei diesen beiden bewenden, bitte Sie aber, verehrter Herr Bundespräsident, Ihre wohlgemeinten Ratschläge zu überdenken, bevor sie dieselben der Öffentlichkeit unterbreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Kaufmann

(Diesen Brief musste ich stark verkürzt als Mail ans Bundespräsidialamt senden, weil man dem Bürger nur 3000 Zeichen zugesteht. Das Originalkonzept kann der Herr Bundespräsident dann bei PI nachlesen, falls er den Wunsch dazu verspüren sollte.)

Kahlschlag im deutschen Blätterwald



Ich musste neulich zum Tierarzt. Mein Hund hat wie immer alles gleich auf einmal geschluckt: Den Fisch und die Zeitung, in die der Fisch eingewickelt war. Der Fisch war frisch, die Zeitung dagegen war schlecht, das reinste Gift, wie der Tierarzt feststellen musste.

(Eine satirische Polemik von Bartholomäus Bootsman)

Aber nicht nur für meine Hündin. Auch mir wird flau im Magen, wenn ich mich morgens durch den deutschen Blätterwald lese. Fast auf jeder Seite der Tageszeitungen und Magazine spritzen die Media-Milizen des schwarzrotgrünen Error-Regimes Gift und Galle gegen alles, was sich dem Meinungsmainstream widersetzt. Dass sie dabei ihre eigenen Leser bekriegen, kriegen sie schon lange nicht mehr mit – die stürzenden Auflagen vieler Zeitungen und Zeitschriften dagegen sprechen Bände.

Aber noch müssen wir wohl oder übel unseren Fisch darin einwickeln. Aber es bringt einen wirklich nicht mehr weiter: Da wird die gesamte katholische Kirche gekreuzigt, weil ein paar teuflische Priester ihr Amt missbrauchen und jungen Männern ans Knie fassen – wenn aber ein Moslem ein elfjähriges Mädchen heiratet, vergewaltigt und dafür mit einem Freispruch belohnt wird, da dieses Misshandeln nun mal zu seiner freien Religionsausübung gehört – herrscht Schweigen im deutschen Blätterwald. Und wenn 50.000 Antichristen gegen den Papst demonstrieren, werden diese von den Medien über den roten

Teppich in den politisch korrekten Himmel getragen. Wagt es aber nur einer den politischen Islam zu kritisieren, dann – Gnade ihm Gott – wird er mit der linken Geraden in die rechte Ecke geschlagzelt und in die ewige Hölle verdammt. Weiß Gott, bigott!

Versteckt sich jemand, religiös gut betucht, in der Öffentlichkeit hinter koranischen Gardinen, wird das toleriert. Gäbe es aber eine Religion, die den Gläubigen das Tragen von Kleidung in der Öffentlichkeit verbieten würde (wie Gott uns schuf), würden diese Gläubigen als „Perverse“ und „Erreger öffentlichen Ärgernisses“ medial gemeuchelt. Religionsfreiheit für alle? Wer's glaubt, wird selig.

Kein Problem haben die Medien-Milizen damit, wenn sie, um den Auflagensturz ein wenig abzubremsen, mit hysterischen Schlagzeilen Panik unter ihren Lesern verbreiten und so ganz nebenbei im Auftrag der Impfstoff-Mafia ganze Landstriche und Berufszweige auslöschen. Sorry, war ja nicht so gemeint, heißt es dann in der nächsten Ausgabe als Leserbriefchen neben den Sexanzeigen. Doch nichts ist so langweilig wie die Ausgabe von gestern, also die nächste Lüge bitte. Eingeklemmt zwischen Anspruch und Wirklichkeit und auf dem linken Auge blind, fallen sie vor lauter Stress regelmäßig ins dunkle Recherchelloch. Macht aber nichts. Irgendeine Zeitungsentente zieht sie da schon wieder raus.

Jetzt, wo im Berliner Wahlkampf die Anzeigenmillionen der Parteien des Error-Regimes in die Verlagskassen fließen, übertreffen sich die Herren Chefredakteure in ihrer Berichtbestattung über neue politische Bewegungen, die es wagen, das System zu kitzeln: Alles Nazis – außer Mutti!

Fast überall haben sich von der Wirklichkeit isolierte Chefredakteure in vollklimatisierten, sauerstofflosen Glaskäfigen breitgemacht und hängen nun ganz weit oben auf der angesägten Gehaltsleiter fest, schön weit von dem Alltag ihrer Leser entfernt, man könnte sich ja mit der Wahrheit

infizieren. Drangsaliert und gedemütigt von verlegerischen Krämerseelen, die nur ein gutes kaufmännisches Ergebnis als einzig wirklich wichtige Nachricht akzeptieren, befördern sie Praktikanten und Volontäre mit Bestnoten im „Stiefellecken“ zu Copy & Paste-Redakteuren. Das spart Geld und inhaltliche Auseinandersetzungen. Die junge Null-Elite wiederum verkriecht sich hinter selbst geschnitzten Zitaten und 0-Tönen und backt sich Umfragen frisch aus der Gerüchteküche. In der Verlagskantine werden heftig Selbstgespräche geführt und nachmittags dann als Exklusiv-Interviews verkauft. Werte und Worte wie „Information“ und „Aufklärung“ sind aus dem verlagseigenen Rechtschreibprogramm gestrichen, Vergammeltes aus dem Schredder wird als brandaktuelle News verkauft und zum Entsetzen der Leser auch noch mit Kolumnen, die keiner braucht und Kommentaren, die keine sind, geschmückt. Den Rest der Arbeit übernimmt dann der links gedrehte Desinformationsblog wikinix.de.

Nach Feierabend rasen die Redaktionsleiter schließlich völlig erschöpft auf der linken Überholspur an der Realität vorbei, den journalistischen Tunnelblick starrsinnig nach innen gekehrt. Ihr geistiger Horizont wird durch die getönten Frontscheiben begrenzt, „Moral“ und „Anstand“ hocken hinten als Wackeldackel auf der Hutablage der euroscheckheftgepflegten Dienstwagen der Marke Ungebremst. Am Kleinhirn klebt dann schon die Hammer-Schlagzeile für die nächste Ausgabe: Ein Glückslos, schon ausgefüllt, man darf die Leser ja nicht überfordern. So irren die Herren Chefredakteure durch die politische Landschaft, können nicht mehr rechts von links unterscheiden und drücken bis zum Anschlag auf das Gaspedal, egal ob die Ampel auf rot oder grün steht.

Zuhause dann hocken sie auf dem riesigen Stapel ihrer Frühausgaben, schlürfen literweise Single Malt und füttern ihren Rasse-Rüden mit Bio-Leckerlis. Mit sich und der Welt im Unreinen, glauben sie allen Ernstes, sie hätten wieder alles (heraus) gegeben und den Lesern etwas Neues geliefert. Welchen

Lesern?

PS: Für meinen Hund gibt es nur noch Fisch direkt aus dem Internet.



USA rüstet sich für Zahlungsunfähigkeit



Amerika rüstet sich jetzt für den Notfall. Schon in wenigen Wochen könnte das Land zahlungsunfähig sein. Sollte sich der Kongress nicht auf eine Anhebung der Obergrenze für die Staatsschulden einigen, wird dies dramatische Ausmaße für den internationalen Finanzmarkt haben. Friedensnobelpreisträger Barack Hussein Obama, der das amerikanische Geld reichlich für sozialistische und arabische Interessen ausgegeben hat, sprach von einer Finanzkrise, die schlimmer wäre als die jüngste.

(Von Michael Böthel)

Die [„FAZ“](#) schreibt:

„Wir planen, unsere Abhängigkeit von Staatsanleihen Anfang August zu verringern und als Vorsichtsmaßnahme mehr Bargeld

in der Hand zu haben“, zitierte die „Financial Times“ den Chef einer amerikanischen Bank – allerdings anonym, denn das Thema ist äußerst heikel. Es ist eines der wenigen Male überhaupt, dass sich ein Bankchef zu den Strategien für den Notfall äußert.

Dramatische Konsequenzen

Investoren rund um den Globus haben den Vereinigten Staaten riesige Summen geliehen. Bislang gab es auch kaum Zweifel daran, dass Amerika Zinsen und Tilgung stemmen können – zur Not wurden halt einfach neue Schulden aufgenommen. Doch das Spiel könnte schon bald nicht mehr funktionieren: Die Vereinigten Staaten müssen bis zum 2. August die Schuldengrenze von derzeit 14,3 Billionen Dollar (10 Billionen Euro) deutlich anheben, um zahlungsfähig zu bleiben.

Das Finanzministerium hatte beim Erreichen der Schuldengrenze im Mai bekanntgegeben, dass es mit Hilfe von Sondermaßnahmen bis zum 2. August Mittel auftreiben könne, um Rechnungen zu bezahlen. Die Frist könne sich ändern – je nach Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen.

Amerikanische Staatsanleihen galten bislang als sichere Geldanlage und wurden von Banken deshalb auch gerne dazu benutzt, um riskante Finanzgeschäfte abzusichern. Das würde bei einem Scheitern der Verhandlungen in Washington nicht mehr funktionieren. Welche dramatischen Konsequenzen drohen, sollte der Finanzmarkt erlahmen, hatte der Kollaps der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers während der Finanzkrise gezeigt. Präsident Barack Obama warnte, dann könnten die Vereinigten Staaten in eine Rezession rutschen und eine Finanzkrise lostreten, die schlimmer wäre als die jüngste.

Die großen Ratingagenturen haben bereits Alarm geschlagen. Sie drohten damit, dass die Vereinigten Staaten ihre Bestnote

für die Kreditwürdigkeit verlieren könnte – das wäre ein Desaster für das Land und eine Demütigung sondergleichen. Denn eine schlechtere Bonität führt zu einem Vertrauensverlust bei den Investoren und macht die Aufnahme neuer Staatsschulden noch teurer.

Am 9. Juni berichtete bereits [Glenn Beck](#) in seiner TV-Show von dem drohenden Chaos. Er gab dabei Hinweise, wie man sich auf die weltweite Krise vorbereiten kann. In einem Interview kam auch der bekannte Investor und Autor [Jim Rogers](#) zu Wort. Die sehr sehenswerte Sendung Glenn Becks können Sie hier noch einmal in voller Länge sehen:

„Mein Outfit hat nichts mit dir zu tun“



Im Zuge der zunehmenden Islamisierung wird Vergewaltigungsoffern auch von Einheimischen immer wieder vorgeworfen, sie hätten sich die Tat selbst zuzuschreiben und müssten sich eben anders kleiden: „Frauen sollen sich nicht anziehen wie Schlampen, wenn sie nicht vergewaltigt werden sollen.“ Mit dieser Bemerkung löste ein kanadischer Polizist aus Toronto eine Massenbewegung aus. Weltweit demonstrierten seit 3. April Frauen gegen sexuelle

Gewalt, heute in Sydney.

20 Minuten [berichtet](#):

Viele sind sexy aufgebrevelt, tragen ultrakurze Minis oder Hotpants, Bikinioberteile, Netzstrümpfe und Highheels. Andere haben sich als Nonne verkleidet. Die meisten jedoch tragen ganz normale Alltagskleidung. Und sie haben alle eine Botschaft: „Glaub mir, mein Outfit hat nichts mit dir zu tun“, steht auf einem Plakat. Auf anderen „Gebt den Vergewaltigern die Schuld und nicht den Brüsten“ oder „Was kam zuerst: Die Frau oder die Schlampe?“. Und natürlich das gute alte „Nein heißt nein“.

Tausende Frauen sind heute in Sydney auf der Straße, um für das Recht zu kämpfen, sich so zu kleiden, wie sie wollen, ohne sich dafür rechtfertigen oder gar damit rechnen zu müssen, Männer zu einem sexuellen Übergriff aufzufordern.

Am 3. April fand der erste Protestmarsch in Toronto statt. Es folgten Märsche in San Francisco, Dallas, Boston, São Paulo, Melbourne, London, Matagalpa (Nicaragua), Tegucigalpa (Honduras) und heute in Sydney. Auch in Berlin ist eine Frauendemo geplant. Das Datum steht noch nicht fest.



Westerwelle bringt deutsches Geld nach Libyen



Um die Brücke zwischen Libyen und Europa auszubauen, haben Außenminister Guido Westerwelle und Entwicklungsminister Dirk Niebel 15 Millionen Euro deutscher Steuergelder in den islamischen Staat gebracht. Anschließend will man dann auch Gaza besuchen, vermutlich werden auch dort die Feinde Israels Einrichtungen reichlich beschenkt.

Der Focus [berichtet heute](#):

Mit ihrem Blitzbesuch in der libyschen Rebellenhochburg Bengasi stärkten die beiden FDP-Minister am Montag den Gegnern von Machthaber Muammar el Gaddafi demonstrativ den Rücken. Als erste deutsche Regierungsvertreter seit Kriegsbeginn vor drei Monaten reisten Westerwelle und Niebel für wenige Stunden in die Hafenstadt an der nordafrikanischen Küste, um Gespräche mit Vertretern des Übergangsrats zu führen. Anlässlich des Besuchs verdoppelten sie die Mittel für humanitäre Hilfe auf mehr als 15 Millionen Euro.

„Die Menschen in Libyen wollen eine friedliche und freiheitliche Zukunft ohne Gaddafi“, erklärte Westerwelle vor dem Abflug in Berlin. „Das ist auch unser Ziel. Der Diktator steht auf der falschen Seite der Geschichte.“ Gaddafi müsse seinen Krieg gegen das eigene Volk sofort beenden und

abtreten. „Unser Besuch in Bengasi zeigt: Deutschland ist ein Freund und Partner der demokratischen Kräfte im Land.“ Niebel sagte, Deutschland wolle seinen Beitrag zu einer möglichst raschen Stabilisierung Libyens leisten.

Nachschub an Medikamenten

Die beiden Minister machten ihren überraschenden Abstecher nach Bengasi auf dem Weg nach Jerusalem. In Malta unterbrachen sie ihre Nahost-Reise, stiegen vom VIP-Airbus in einen Transall-Militärtransporter um und flogen in die libysche Hafenstadt, die außerhalb des Kampfgebiets liegt.

Auf dem Programm stehen Gespräche mit Vertretern des Übergangsrates sowie mit Vertretern der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die derzeit vor Ort erkunden, welche Hilfsleistungen nötig sind. Deutschland hat bereits 7,5 Millionen Euro an humanitärer Soforthilfe für Libyen geleistet. Westerwelle sagte zusätzlich eine Million Euro für Medikamente, Infusionspumpen, die Betreuung von Flüchtlingen und den humanitären Flugdienst der Vereinten Nationen zu. Niebel stellte bis zu sieben Millionen Euro zusätzlich für die Not- und Übergangshilfe zur Verfügung.

Vor Westerwelle und Niebel sind bereits mehrere hochrangige westliche Politiker nach Bengasi gereist, darunter die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton und der britische Außenminister William Hague.

Offizielle Büro-Einweihung

Deutschland hatte sich im März gegen eine Beteiligung an dem Militäreinsatz gegen das Gaddafi-Regime entschieden und sich im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung darüber enthalten – anders als die wichtigsten Verbündeten USA, Frankreich und Großbritannien. Dies war im Kreis der Verbündeten auf Kritik gestoßen.

Auch die selbst ernannte libysche Übergangsregierung hatte

enttäuscht auf die deutsche Haltung reagiert. Berlin erkennt sie bislang nicht als einzige legitime Vertretung Libyens an – andere Staaten wie Italien, Jordanien und Katar machen dies bereits. Seit Ende Mai gibt es allerdings ein deutsches Verbindungsbüro in Bengasi unter Leitung des erfahrenen Diplomaten Dietrich Becker, das die Minister nun offiziell eröffneten. Darüber sollen die Kontakte zum Übergangsrat gestärkt werden. Die deutsche Botschaft in Gaddafis Hauptstadt Tripolis ist seit Anfang März aus Sicherheitsgründen geschlossen.

Weiterflug nach Israel

An der politischen Begleitung des Umbruchs ist Deutschland in der Libyen-Kontaktgruppe beteiligt. Die Bundesregierung hat angeboten, sich nach dem Ende des Gaddafi-Regimes am Aufbau demokratischer Institutionen oder der Polizei zu beteiligen und auch die Beteiligung an einer Friedenstruppe nicht ausgeschlossen.

Noch am Abend wollten die beiden Minister nach Israel weiterfliegen. Am Dienstag will Westerwelle in Jerusalem und Ramallah Gespräche mit israelischen und palästinensischen Regierungsvertretern führen. Niebel will sich im Gaza-Streifen über Entwicklungsprojekte mit deutscher Beteiligung informieren und ein Klärwerk besuchen.

Es riecht förmlich danach, dass in Libyen nicht nur „Solidarität“ mit den „armen Bürgern“ gezeigt werden sollte. Werden im neuen EU-Büro in Bengasi möglicherweise auch die Transfers libyscher „Facharbeiter“ nach Europa geregelt? Der sogenannte „Weiterflug nach Israel“ endet mit dem Besuch von Entwicklungsprojekten und einer Kläranlage im Hamas-Staat von Gaza. Die Bevölkerungen verschiedener Länder, die sich hingegen von islamischer Unterdrückung befreien wollen, warten weiter vergeblich auf europäische Unterstützung.

Video: Wilders und Freysinger in den Haag



Der SVP-Politiker Oskar Freysinger hatte Geert Wilders für den 11. Juni zu einer islamkritischen Veranstaltung in seinen Schweizer Heimatort Savièse eingeladen. Aber nach heftigen Protesten und umfangreichen Demonstrationsankündigungen des [Islamischen Zentralrats](#) blies der zuständige Gemeindepräsident das Ganze ab, da man „die Sicherheit nicht garantieren“ könne.

Die Gegner der demokratisch garantierten Meinungsfreiheit hatten ihre Initiative „Geert Wilders, Hände weg von der Schweiz! Hier verbrennst du die Hände“ unter anderem über [Facebook](#) verbreitet. So weit sind wir in Europa schon gekommen, dass aufgrund massiven Drucks Veranstaltungen mit gewählten Volksvertretern abgesagt werden. Auf diese Weise wird die dringend notwendige öffentliche Islamkritik von muslimischen Verbandsvertretern mit verdeckten Gewaltandrohungen im Keim erstickt. Anstatt die Versammlung zu besuchen und mit Wilders und Freysinger zu diskutieren, drohen sie. Darüber braucht man sich aber nicht wundern, denn das ist islamtypisch. Kritik oder gar Selbstkritik werden im Islam bekanntlich als „Gotteslästerung“ empfunden.

Bei ihrem informellen Pressegespräch am 9. Juni 2011 im Parlamentsgebäude von Den Haag informierten Freysinger und Wilders über diesen ungeheuerlichen Vorgang. Sie wären allerdings nicht die beiden mutigsten Politiker Europas, wenn sie jetzt klein beigeben würden. So kündigten sie an, trotz des massiven Drucks gemeinsam an ihrem Ziel weiterzuarbeiten.

Freysinger und Wilders hielten in Den Haag flammende Reden für die Meinungsfreiheit und warnten eindringlich vor den Gefahren des Politischen Islams, der immer mehr Einfluss und Macht bekomme:

Im Rahmen dieses Pressegespräches hatte Wilders gesagt, dass man „am Anfang von etwas sehr Großem“ stehen würde. Hier scheint sich eine intensive Zusammenarbeit auf europäischer Ebene anzubahnen. Als nächstes wird man die beiden bedeutendsten Protagonisten der europäischen Islamkritik am 3. September in Berlin sehen, wenn sie im Rahmen des Berliner Wahlkampfes zusammen mit der FREIHEIT auftreten.

PI wird in dieser Woche täglich weitere Videos dieses Pressegespräches veröffentlichen. Wilders und Freysinger lieferten ausführliche Statements zu dem sich anbahnenden Zusammenbruch der EU, zu einer Minarettverbots-Initiative in anderen europäischen Ländern, zu der Zusammenarbeit zwischen der PVV, der SVP und anderen islamkritischen Parteien in Europa sowie zu der Bedeutung von Internet-Blogs bei der Verbreitung von unbequemen Fakten, die von den meisten Massenmedien ignoriert werden.

» BLICK (Schweiz): [Interview mit Oskar Freysinger](#)

(Text & Video: Michael Stürzenberger / Schnitt: Manfred Schwaller)

Sammelübersichten Integration

gefährden



Egal ob es um das Staatsbürgerschafts- und Familienrecht, den Sozialstaat oder die „Integration“ geht, immer wieder hat sich rot-grüne Regierungsbeteiligung als verhängnisvoll für den Aspekt „Fordern“ (als Gegensatz zum „Fördern“) bei gesellschaftspolitischen Themen erwiesen.

(Von Thorsten M.)

Leider ist aber seit dem gelungenen „Marsch durch die Institutionen“ der 68er keine sogenannte „bürgerliche“ Regierung mehr in die Gegenoffensive gegangen, um gesellschaftspolitische Auswüchse links-grüner Verblendung wieder zurück zu schneiden. Bedauerlicherweise ist dies nur zum Teil dem Fehlen eines geeigneten Mehrheitsbeschaffers geschuldet. Mindestens ebenso wichtig ist, dass die Union bei der verzweifelten Suche nach dem „großstädtischen Wähler“ keine Fehler machen möchte und für andere Mehrheitsbeschaffer „hübsch“ bleiben möchte. Da packt man aus vorauseilendem Gehorsam schon auch einmal mit an, um 68er-Schmäh in Politik zu gießen.

So kam es vor zwei Jahren unter schwarz-rot in einem CDU-geführten Innenministerium zu dem unsäglichen Machwerk

„Interkulturelle Öffnung im Sport“, das auch unter dem wesentlich besser geerdeten neuen CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich bisher nicht aus dem Verkehr gezogen worden ist.

Die Handlungsanweisung, die vom „Dialogforum Sport“ im Rahmen des Nationalen Integrationsplans (NIP) auf 40 Seiten niedergeschrieben wurde, strotzt nur so von Islam-Verständnis und Unterwerfungsgesten. Schließlich erfahren wir schon auf Seite 7:

Beispiel München: Knapp 36 Prozent der Münchnerinnen und Münchner haben einen Migrationshintergrund. In der Gruppe der unter 18-Jährigen liegt der Anteil mit circa 50 Prozent noch darüber. Ähnlich sieht es in anderen deutschen Großstädten aus. In Berlin haben 25 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in Hamburg 26, in Köln 30, in Stuttgart 36, in Nürnberg 39 und in Frankfurt am Main sogar 41 Prozent. Bei den unter 5-Jährigen – also einer wichtigen Zielgruppe zukünftiger Vereinsmitglieder – liegt in vielen Großstädten der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund sogar über 60 Prozent: in Nürnberg bei 67 Prozent, in Frankfurt am Main bei rund 65 sowie in Düsseldorf und Stuttgart jeweils bei knapp 64 Prozent.

Wenn dieser Zustand schon undemokratisch – nämlich ohne die angestammte Bevölkerung zu fragen – herbei geführt worden ist, wollen wir uns nun wenigstens den neuen Fakten und absehbaren Mehrheiten gegenüber „demokratisch“ verhalten. Dies kann nur bedeuten, dass sich die Einheimischen bitteschön den Neusiedlern anzupassen haben. Oder hat schon einmal jemand gehört, dass die Cowboys die Bräuche der Indianer übernommen hätten?!

Der gute Zweck, der das Mittel der Unterwerfung rechtfertigt, ist dabei die unbedingt notwendige Vermeidung der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen aus dem Vereinssport. Schließlich lerne man dort Fair-play und nicht zuletzt auch die deutsche

Sprache. (Es sei denn, man hat es mit sogenannten „eigenethnischen Vereinen“ zu tun, für deren Verwendung der Herkunftssprache auf dem Spielfeld in der Broschüre natürlich um Verständnis geworben wird.) Damit kann der Sport tatsächlich ein echter Integrationsmotor sein.

Im Einzelnen wird den Vereinen allen ernstes empfohlen:

Bei Turnieren, Trainingslagern oder gemeinsamen Festen sollte darauf geachtet werden, dass eine kultursensible Verpflegung angeboten wird, das heißt ein Essen, das sowohl den Gewohnheiten als auch den Essensvorschriften aller Anwesenden entspricht. [...] Der Verzicht auf Schweinefleisch oder gelatinehaltige Produkte (zum Beispiel Gummibärchen, Nachspeisen etc.) sind hierfür nur einige der bekanntesten Beispiele. Wichtig ist außerdem, die Termine für Grillfeste und sonstige Veranstaltungen möglichst mit kulturellen und religiösen Feiertagen abzustimmen.

Natürlich wird diese neue Fressordnung auch für die Sortimentsentwicklung der Bewirtung des Vereinsheims gerne gesehen. Auf den Hinweis, dass die Nutzung eines gemeinsamen Grills für Lamm- und Schweinefleisch ein No-go für tiefgläubige Muslime ist, verzichtet die Broschüre allerdings leichtfertigerweise. Die Entfernung von Alkohol von der Getränkekarte fordert sie darüber hinaus nicht ausdrücklich. Gleichwohl nutzt sie die islamistische Steilvorlage, um klar zu stellen: „Alkohol sollte auch im Sport vermieden werden.“

Wieder ganz unter dem Deckmantel des Nicht-Ausschlusses diesmal von weiblichen Muslimen, kommt die nächste Empfehlung daher: Natürlich darf der Verein auf die Kleiderordnung seiner Sportart hinweisen.

Scheidet dies für die Betroffenen aus kulturellen oder religiösen Gründen aus und bedeutet damit ihren Ausschluss von diesen Aktivitäten, wird empfohlen, abweichende Kleidungsvorstellungen zu akzeptieren. Voraussetzung dafür

aber ist, dass diese nicht den hiesigen hygienischen oder sicherheitstechnischen Aspekten widersprechen.

Das heißt für den Schwimmverein (und auch das Schwimmbad) im Klartext: Mit T-Shirts und Leggings muss er niemanden ins Becken lassen. Gleichwohl sollte er sich an den Burkini so langsam gewöhnen. Auch die kopftuchbewehrte Fußballerin soll nach Vorstellung der Verfasser des Machwerks künftig ein vertrauter Anblick werden.

Und auch für das größte Problem im Vereinssport und für die Integration, das gemeinsame Duschen – natürlich nach Geschlechtern getrennte -, weiß man Rat: Selbstverständlich soll auch hier ersteinmal das klärende Gespräch gesucht werden.

Bestehen die Vorbehalte weiter, kann ein getrenntes Duschen und Umkleiden verabredet werden.

Überflüssig zu erwähnen, dass ein kultursensibler Verein im Falle von Neubauten von Sanitäreinrichtungen natürlich Einzelduschen einrichten würde.

Der einzige Trost ist, dass bei einer Auflage von 10.000 Exemplaren vermutlich bisher lediglich einer von neun deutschen Sportvereinen mit diesem Pamphlet konfrontiert wurde.

Wer glaubt, dass eine Gesellschaft zusammen wächst und dauerhaft zusammen hält, die nur noch in der Verkehrssprache (und selbst das mit Abstrichen) einen gemeinsamen Nenner sieht, der glaubt auch an den Weihnachtsmann.



Wien: Fachtagung über Phänomen ‚Islamophobie‘



An der Wiener Sigmund-Freud-Universität findet am 18. Juni unter dem Arbeitstitel [„Das Unbehagen mit der Religion – Islamophobie und verwandte Phänomene“](#) eine interdisziplinäre Fachtagung des [„Instituts für Religiosität in Psychiatrie und Psychotherapie“](#) statt. Ob die sogenannten Experten (*Foto: Dipl.-Theol. [Stephan Baier](#)*) ansprechen werden, dass der Begriff im Wesentlichen von den Mullahs im Iran geprägt wurde, ist eher unwahrscheinlich.

Im Grunde ist nichts schlechtes daran, so genannte „diffuse Ängste“ abzubauen. Jedoch wäre hier die Xenophobie der gläubigen Muslime ein aktuelleres Thema. In Ägypten brennen die Kirchen, im Sudan brennen Christen, in der Türkei wurden Christen abgeschlachtet, in Pakistan traf dieses Schicksal die Hindus, Shiks und Buddhisten. Die Liste könnte man noch fortsetzen. Bei dieser Lage kann einen schon mal ein unangenehmes Bauchgefühl beschleichen.

Hätte man einen Profilierten Islamkenner, der selbst kein Moslem ist, eingeladen, wäre es vielleicht eine Interessante Veranstaltung geworden. So aber wird es am Ende nur wieder die übliche Taqiyya sein, die Herr Elsayed Elshahed unters Volk bringen wird, mit freundlicher Unterstützung der nützlichen Idioten.

Rückfragehinweis:

Frau Traude Kaufmann
RPP-Institut
Himmelpfortgasse 15
1010 Wien
Tel.: +43 664 / 47 61 222
eMail: office@rpp-institut.org

(*Eternia*, [PI-Koblenz](#))

Video: Der Prophet der EU-Katastrophe

✘ [Nigel Farage](#), Vorsitzender der UK Independence Party (UKIP), hat im EU-Parlament bereits vor Jahren vor der Schuldenkatastrophe der Europäischen Union gewarnt. Der wohl beste Redner in Brüssel wies bereits im Oktober 2008 darauf hin, dass ein einheitlicher Zinssatz für all die unterschiedlichen Länder zu einem Zusammenbruch der Wirtschafts- und Währungsunion führen werde. Zeitgleich forderte er eine Rückkehr zu nationalstaatlicher Kontrolle.

(*Von Michael Stürzenberger*)

Im Januar 2009 prognostizierte er, dass Spanien und Italien

große Probleme bekommen werden, und für Griechenland sagte er gewalttätige Ausschreitungen voraus, da man dort unter der Zwangsjacke des Euro kaum etwas gegen die Krise unternehmen könne. Im Februar 2010 kündigte er den wirtschaftlichen Zusammenbruch Portugals an und meinte voller Überzeugung, dass das Projekt EU unausweichlich auseinanderfallen werde.

Mindestens zehn Mitglieder der EU-Kommission outete er als ehemalige Kommunisten, wie beispielsweise José Manuel Barroso oder Siim Kallas. Er warf ihnen vor, dass sie die Menschen durch den Euro in ein Wirtschaftsgefängnis gesperrt hätten. Die Zehnjahrespläne der EU erinnerten ihn an unselige sozialistische Zeiten.

In dem folgenden Video sind die besten Reden von Nigel Farage zu der EU-Katastrophe in deutscher Übersetzung zusammengeschnitten. Man beachte die feixenden und höhnischen Blicke der linken EU-Abgeordneten, die Farages Warnungen nicht ernst nahmen. Aber seine düsteren Voraussagen sind Realität geworden. Der Mann scheint mehr wirtschaftlichen Sachverstand als alle linken EU-Verantwortlichen zusammen zu besitzen.

Das eindrucksvolle Video wurde am 17. Mai veröffentlicht:

(Video-Quelle: [Kopp-Verlag](#))

Lebenslanges Siechtum nach Bio-Katastrophe?



Das deutsche Bio-Fukoshima mit mutierten EHEC-Bakterien ungeklärter Herkunft hat bisher 35 Todesopfer gekostet.

Insofern ist der Vergleich mit dem japanischen Kraftwerksunfall nicht ganz passend, denn dort sind keine unbeteiligten Menschen zu Schaden gekommen. Aber auch wer EHEC überlebt hat, hat nicht unbedingt Anlass zur Freude. Von den über 1.000 Vergifteten, die der Bio-Propaganda arglos auf den Leim gegangen sind, droht Hunderten ein lebenslanges Siechtum an der Dialyse. Vielen könnte nur mit Nierentransplantationen geholfen werden, aber Spendernieren sind im technologie- und wissenschaftsfeindlichen Deutschland ohnehin schon Mangelware.

Der [STERN berichtet](#):

iele Ehec-Kranke werden lebenslang unter den Folgen der Epidemie leiden. „Etwa 100 Patienten sind so stark nierengeschädigt, dass sie ein Spenderorgan brauchen oder lebenslang zur Dauerdialyse müssen“, sagte SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach der „Bild am Sonntag“. Ärzte hatten zudem über schwere neurologische Schäden berichtet. Am Samstag machten Behörden zweifelsfrei Sprossen als Ehec-Infektionsquelle aus.

Bundesweit stehen etwa 8000 Menschen auf der Warteliste für eine neue Niere – wegen ganz unterschiedlicher Krankheiten. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Deutschen Stiftung Organtransplantation keine 3000 Nieren verpflanzt.

Der Darmkeim tötete weltweit inzwischen 35 Menschen, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mitteilte. Darunter seien 34 Todesfälle in Deutschland und einer in Schweden. WHO-Expertin Zsuzsanna Jakab betonte, es sei der heftigste jemals in der Region Europa registrierte Ehec-Ausbruch.

Lauterbach warnte vor weiteren Infektionswellen in Deutschland: „Ehec-Erreger sind weltweit auf dem Vormarsch. Auch in Deutschland wird es künftig immer wieder zu Ehec-Ausbrüchen kommen.“

Er kritisierte, dass die Erkrankungen teils per Post gemeldet

würden und kündigte eine Untersuchung im Gesundheitsausschuss an. „Die Kliniken müssen in Zukunft jeden Ehec-Fall direkt per Mail an das Robert Koch-Institut melden.“ Die bisherige Meldekette vom Gesundheitsamt vor Ort über das Landesgesundheitsamt an das Robert Koch-Institut (RKI) dauere mindestens eine Woche.

Auch Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr forderte bessere Meldeverfahren. „Nach Abklingen des Ehec-Ausbruchs werden Länder und Bund gemeinsam die Arbeit bewerten. Mir ist dabei der Informationsfluss zwischen den Beteiligten besonders wichtig. Das Meldeverfahren gehört auf die Tagesordnung“, sagte Bahr der „Bild am Sonntag“. Forderungen nach einer zentralen Stelle zur Seuchenbekämpfung erteilte der FDP-Politiker erneut eine Absage.

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) kündigte in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ Konsequenzen für die Lebensmittelüberwachung an. „Ich habe die Länderbehörden gebeten, bundesweit schwerpunktmäßig Produzenten und Importeure von Sprossen und deren Produkte zu überprüfen“, sagte sie. „Einbezogen werden müssen hierbei natürlich auch Importe von Samen aus dem Ausland.“ Sie werde auf schärfere Vorschriften für die Sprossenzucht drängen.

Die Ehec-Fahnder hatten am Samstag neue Beweise gegen die hoch verdächtigen Sprossen aus Bienenbüttel gefunden. Zwei weitere Mitarbeiterinnen des Biohofs in Niedersachsen sind demnach mit dem lebensbedrohlichen Darmkeim infiziert. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) bestätigte zudem, dass der Ehec-Erreger an den Sprossen zweifelsfrei vom selben Typ ist wie die Bakterien, an denen in Deutschland mehr als 4000 Menschen nachweislich erkrankten oder eine Infektion angenommen wird.

Auch die Fälle im Ausland haben laut WHO fast alle eine Verbindung nach Deutschland. Es gebe bislang nur fünf Ausnahmen.

Im Ehec-Puzzle fehlen noch Teile. Der nordrhein-westfälische Verbraucherschutzminister Johannes Remmel (Grüne) betonte in einem WDR-Interview, die Lieferkette vom Biohof zu den Erkrankten in NRW sei bislang unklar. Ebenso offen ist, wie der Keim auf das Gelände in Bienenbüttel kam, sagte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) der „Rhein-Neckar-Zeitung“.

EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos erwartet am Dienstag die Zustimmung der Mitgliedstaaten für das 210-Millionen-Euro-Hilfspaket der Kommission für Landwirte. „Dann könnten wir die ersten Hilfen im Juli abwickeln und auszahlen“, sagte er der „Passauer Neuen Presse“.

An besondere Auflagen sind die Geldgeschenke zum Weitermachen wie bisher nicht gebunden. Insbesondere liegt offenbar nichts ferner, als von selbsternannten Biobauern die Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse des 20. Jahrhunderts zu verlangen. Denn wer Landwirtschaft nach den Methoden des Mittelalters betreibt, und solche Produkte verzehrt, muss auch damit rechnen, wie seine Vorfahren an Lebensmittelvergiftungen zu sterben. Dies war eine der häufigsten vorzeitigen Todesursachen der Bevölkerung, bevor die viel beschimpfte chemische Industrie Pflanzenschutzmittel, Antibiotika und Konservierungsstoffe bereitstellte.

Selber schuld – so sehen es offenbar auch die Behörden, die schon durch ihr organisatorisches Versagen wochenlang der Ausbreitung der Seuche hilflos zugeschaut haben. Auf eine staatsanwaltliche Ermittlung zur möglichen Schuldfrage gegen den jetzt als ursächlich festgestellten Biobetrieb und mehrere dort trotz akuter Infektion Beschäftigte verzichteten die Behörden von vorne herein. Das dürfte insbesondere schlimme Folgen für die Geschädigten haben, die jetzt den Verzehr der angeblich gesunden Biosprossen mit lebenslanger Schwerbehinderung bezahlen. Ohne Feststellung eines Schuldigen stehen deren Chancen schlecht, wenigstens eine finanzielle

Entschädigung einzuklagen.



Migrantenanteil an Frankfurter Schulen

Freiligrathschule	71%
Fridtjof-Nansen-Schule	79%
Fried-Lübbecke-Schule	50%
Friedrich-Dessauer-Gymnasium	22%
Friedrich-Ebert-Schule	38%
Friedrich-Fröbel-Schule	54%
Friedrich-List-Schule	46%
Fürstenbergerschule	63%
Gemeinnütziger Schulverein Hierse e.V.	22%
Georg-August-Zinn-Schule	63%
Georg-Büchner-Schule	72%
Geschwister-Scholl-Schule	70%
Glauburgschule	82%
Goethe-Gymnasium	55%
Goldsteinschule	56%
Grundschule Harheim	16%
Grundschule Kalbach	23%
Grundschule Riedberg	23%
Gruneliuschule	60%
Günderode-Schule	90%

Resultierend aus einer Anfrage an den Magistrat der Stadt Frankfurt bezüglich des Migrantenanteils von Schülern an Frankfurter Schulen, erstellt das Hessische Statistische Landesamt eine Übersicht für die jeweiligen Schulen. Eindrucksvoller als [dieses offizielle Papier aus der Schulverwaltung](#) kann man den demographisch-ethnischen Wandel in Deutschland nicht darstellen.

(Von Steinkjer)

Was alle ahnen, wird durch diese Statistik zur evaluierten Wahrheit:

Der Prozess der Überfremdung findet schleichend statt, insbesondere in den jüngeren Alterskohorten. Dies mag auch ein Grund dafür sein, dass die tatsächliche Brisanz des sozialen Wandels von der politischen Klasse, wie aber auch dem durchschnittlichen Bürger teilweise nicht oder nur

unvollkommen wahrgenommen wird.

Die, die verantwortlich sind, weisen einfach einen hohen Altersabstand zu den realen Verhältnissen in den jüngeren Altersklassen – in denen die Verschiebung der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung besonders deutlich wird, auf. In den Kohorten der 30-50-Jährigen stellt sich die ethnische Verteilung natürlich etwas undramatischer dar und wird vielleicht auch aus diesem Grunde nicht als ganz so dramatisch für die Gesamtgesellschaft realisiert.

Tatsache also ist, dass sich die Gesellschaft ethnisch von unten her wandelt und jeder weiß, dass diese Tatsache eine besondere Sprengkraft hat. So, wie es in Entwicklungsländern die hohen Bevölkerungsanteile der Jugendlichen sind, die sich maßgeblich für die Bevölkerungsexplosion verantwortlich zeigen, so ist es auch hier in Deutschland oder Europa mit den Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Wer mit offenen Augen durch Deutschland geht, weiß, dass insbesondere Migranten aus den islamisch geprägten Ländern eine deutlich höhere Fertilitätsrate aufweisen als die heimische Bevölkerung. Wer diese Tatsache nicht kennt, trägt zumeist zumindest das Ressentiment in sich.

Kommt dieser hohe Bevölkerungsanteil der Jugendlichen in ein reproduktionsfähiges Alter und verhält sich entsprechend der Vorgängergenerationen – also reproduziert sich entsprechend häufig – kommt es zu einem überproportionalen oder gar exponentiellen Wachstum innerhalb dieses – beispielsweise muslimischen – Bevölkerungsanteils. Während die Reproduktionsrate der einheimischen Bevölkerung gleichbleibend niedrig bleibt. Genau hierin liegt die zersetzende Brisanz der Entwicklung.

Bezogen auf Deutsche heißt diese: wer einmal nicht geboren ist, kann sich auch – mit der bescheidenen Fruchtbarkeitsrate von 1,3 Geburten/Frau – später nicht mehr fortpflanzen!

Bezogen auf (insbesondere muslimische) Migranten heißt dies: wenn bereits vier Kinder geboren wurden und diese die hohe Fruchtbarkeitsrate beibehalten, werden daraus im gebärfähigen Alter? Richtig: 16 weitere Bereicherer, die sich vermutlich ebenso weiter reproduzieren werden!

Diesen explosiven Zusammenhang verkennt man leicht, wenn man sich nicht explizit mit der Demographie auseinandersetzt.

Die Zahlen der Statistik aus Wiesbaden sprechen für sich. Es bedarf eigentlich keiner Kommentierung oder Interpretation. Schaut man sich die prozentualen Anteile der Migranten an deutschen Schulen an, stellt man fest, dass 50-60% mittlerweile keine Seltenheit mehr sind. Die deutsche Schülerschaft stellt also mitunter bereits eine Minorität dar.

Ausnahmen nach unten stellen bei genauerer Betrachtung nur die Frankfurter Gymnasien, Privatschulen oder besondere Fachschulen dar. Gerade der Grundschulbereich und auch die Haupt- und Realschulen sind – ebenso wie das Auffangbecken für Abschlusslose, die Berufsschule – dagegen überproportional an der Ausbildung der oftmals hohen Anzahl muslimischer Schüler beteiligt. Ein Schelm wer Böses dabei denkt (z.B. assoziativ PISA-Test!).

Fazit

Hat Sarrazin doch Recht? Schafft sich Deutschland selbst ab? Mir fällt eine Antwort auf diese Frage sehr leicht.